

EBERSBERGER UMSCHAU

Ausgabe

April 1985



Mitteilungsblatt der SPD für die Bürger der Kreisstadt Ebersberg

Wohin mit der B 304 ?

Ebersberger SPD fordert Gesamtverkehrsplanung

Die Stadtratsfraktion und der Kommunalpolitische Ausschuß der Ebersberger SPD haben die Diskussion um die Ortsumgehung Ebersbergs mit einem eigenen Positionspapier bereichert. Mit einer umfassenden Gesamtverkehrsplanung will die SPD die Verkehrsprobleme der Kreisstadt lösen. Als Antrag soll diese Position in den Stadtrat und Kreistag eingebracht werden.

Ausgangspunkt der SPD-Initiative war die Erkenntnis, daß bisher im Ebersberger Stadtparlament kein verkehrsplanerisches Werk auf dem Tisch liegt, welches die Problemfelder der derzeitigen und künftigen Verkehrsentwicklung beinhaltet. Die Ebersberger SPD möchte deshalb in einer Gesamtverkehrsplanung folgende Bereiche berücksichtigt sehen:

ben. Dabei ist nach Ansicht der SPD auch die entstehende Belastung für Ebersberg einzuplanen, wenn das Autobahnteilstück bis Forstinning gebaut ist. Zudem muß eingerechnet werden, daß nach Fertigstellung der Wasserburger Ortsumgehung eine weitere Zunahme des Verkehrsaufkommens auf der B 304 zu erwarten ist.



Mit einer Begehung vor Ort sachkundig gemacht: Fraktionsvorsitzender Robert Schurer (Bildmitte), Mitglieder der ILM und des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der SPD-Ebersberg.

1. Die Erfassung aller Hauptverkehrsströme und des regionalen Verkehrsaufkommens von Ost nach West auf der B 304 und von Süd nach Nord aus dem Bereich Rosenheim/Aibling in Richtung B 12 und den Raum Erding/Markt Schwa-

“Diese Zunahme der Verkehrsbelastung ist also kalkulierbar und muß deshalb bereits heute planerisch Berücksichtigung finden“, so SPD-Fraktionsvorsitzender Robert Schurer.

weiter auf Seite 6

Liebe Leser

Die vorliegende Ebersberger Umschau soll erneut einen Beitrag zur Information der Bürger über die aktuelle Kommunalpolitik leisten. Unser Anliegen ist es hierbei, sachliche Information mit unserer sozialdemokratischen Überzeugung zu verbinden.

Ein Tunnel als Lösung?

Ebersberg - red - Seit über 30 Jahren wird in der Kreisstadt Ebersberg eine mögliche Ortsumgehung der B 304 diskutiert und geplant. Schon in den 60er-Jahren beschäftigte sich das damalige Stadtparlament mit dieser Frage. Im Juni 1979 forderte die CSU, daß die Umgehung Ebersbergs “in weitem Bogen um die Stadt geführt werden“ sollte. Ehrlicherweise muß hinzugefügt werden, daß damals alle Parteien im Stadtrat eine Lösung favorisierten, die möglichst weit weg vom Stadtgebiet liegen sollte. Das brachte seinerzeit die Stadt Grafing auf den Plan, welche ihrerseits eine “stadtnahe Umgehung der Kreisstadt“ im dortigen Stadtrat forderte. Als dann im Herbst 1982 das Raumordnungsverfahren für die Ebersberger Ortsumgehung eröffnet wurde, waren sich die beiden Nachbarstädte noch immer nicht einig.

Bund Naturschutz greift ein

Im Januar 1983 war dann der örtlichen Presse zu vernehmen, daß der Bund Naturschutz “anstelle einer Südumgehung Ebersbergs eine Untertunnelung der Kreisstadt“ anregte. Auch der Bauernverband im Landkreis wandte sich gegen eine Umgehung und sprach sich für eine Tunnellösung aus. Damit erfuhr die Diskussion und Planung der B-304-Neu eine neue Qualität. Im Februar 1983 empfahl schließlich der Regionale Planungsverband auf Antrag von Landrat Beham, daß dieser Lösungsvorschlag der Regierung von Oberbayern “zur Begutachtung weitergeleitet“ werden solle. Eigentliche Planungsgrundlage des Regionalen Pla-

weiter auf Seite 2

Fortsetzung: Tunnel...

nungsverbandes war jedoch eindeutig eine südliche Umgehung der Kreisstadt. Die Ebersberger Sozialdemokraten forderten damals nachhaltig, daß eine solche Neutrassierung mit umfassenden Auflagen für eine "möglichst große Schonung der Landschaft und des Naturhaushaltes" begleitet werden müsse.

Vollhardt gegen Tunnel

Am 1. März 1983 meldete die Lokalpresse, daß Ebersbergs Bürgermeister Vollhardt auf der Bürgerversammlung Ende Februar davor gewarnt habe: "Die Tunnelösung habe einen gravierenden Schwachpunkt". Der CSU-Mann sah die Gefahr, daß damit die Planung um zwei bis drei Jahre verzögert werde. Daraufhin sah sich der Bund Naturschutz mit seinem Kreisvorsitzendem Peter Reichard veranlaßt, einen scharfen Protest gegen Vollhardt zu formulieren. Der Bund Naturschutz bezichtigte Vollhardt und die Befürworter einer Ortsumgehung "ungeheuerlicher Leichtfertigkeit". Der erste Bürgermeister wollte damals auf "pauschale Kritik" nicht reagieren. Im November 1983 stimmte schließlich der Grafinger Stadtrat einer modifizierten Raumordnungstrasse des Straßenbauamtes München zu, wollte aber die Ebersberger Ortsumgehung nördlich von Gsprait trassiert wissen.

Raumordnung abgeschlossen

Nächster Punkt dieser bewegten Entwicklung war dann der Juli 1984. Der vom Ebersberger Stadtrat beschlossene Vorschlag einer Ortsumgehung wurde im abgeschlossenen Raumordnungsverfahren befürwortet. Die Regierung von Oberbayern teilte des weiteren mit, daß eine Untertunnelung der Kreisstadt nicht geprüft wurde, da dieser Vorschlag "eine äußerst schwierige technische Bau-durchführung" mit sich bringe. Beim zwischen Grafing und Ebersberg strittigen Punkt um die Trassenführung bei Gsprait, entschied sich die Regierung von Oberbayern für eine südliche Umgehung des Ortsteils. Seither steht die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens an, welches die Feinabstimmung der Trasse zu Aufgabe hat.

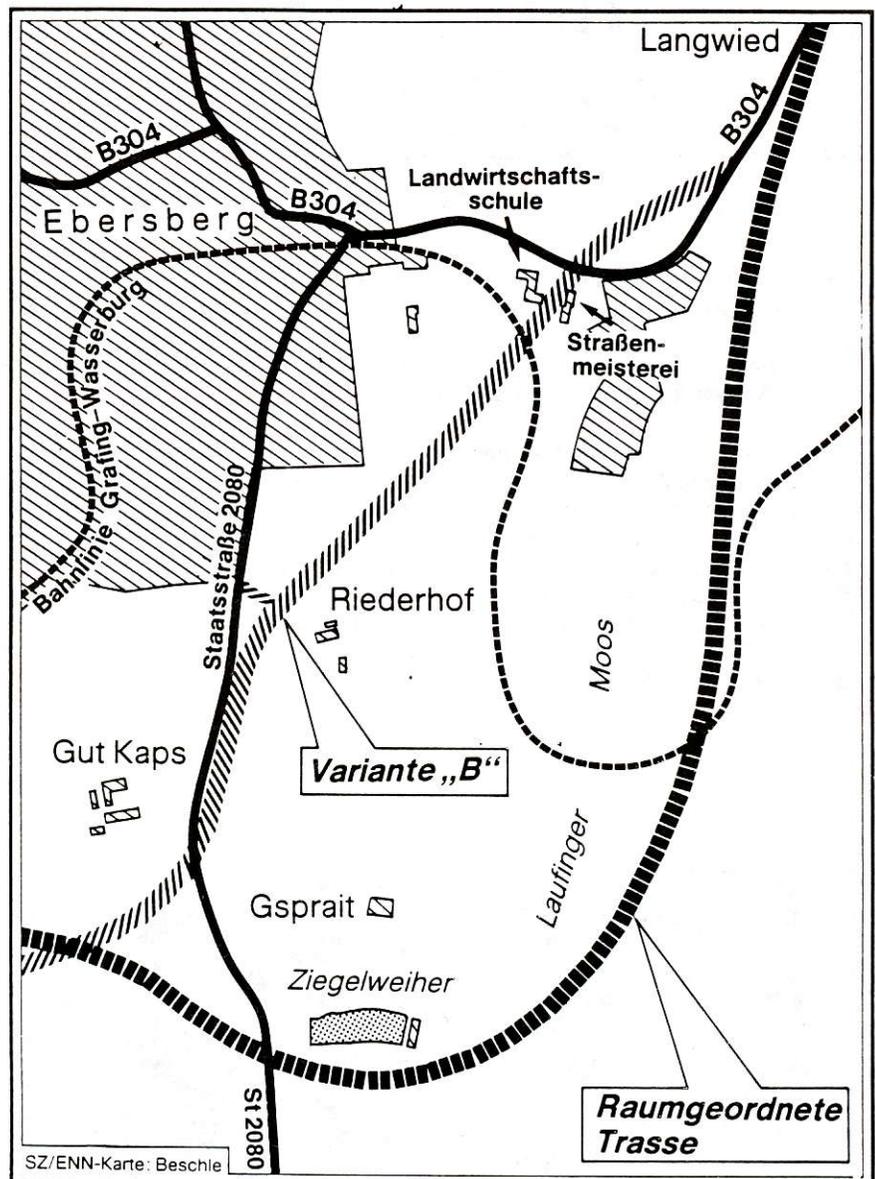
Bürgerversammlung:

Proteste mehren sich

Am 24. Oktober 1984 wurden Ebersbergs Bürger zur Bürgerversammlung eingeladen. Themen waren das Raumordnungsverfahren zur Verlegung der B 304 und die Entwicklung des Nord-Süd-Verkehrs in der Kreisstadt. Helmut Parzefall vom Straßenbauamt München erläuterte vor über 400 interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Südumgehung der Bundesstraße. Parzefall zeigte mit-

tels einer Dia-Schau den Trassenverlauf der raumgeordneten Straßenplanung. Er verwies darauf, daß das Planfeststellungsverfahren noch im Jahre 1985 eingeleitet werden könne. Dieses Verfahren dauere dann ca. zwei bis drei Jahre, so daß mit einer Fertigstellung der Ortsumgehung für 1990 gerechnet werden könne. Vollhardt bezeichnete die Finanzierung des 25-Millionen-Projektes als gesichert. Den Nutzen eines Tunnels bezeichnete der Straßenplaner in einem "krassen Mißverhältnis" zu den veranschlagenden Kosten von 40 bis 60 Millionen DM. Scharf reagierte der 1. Bürgermeister auf den Einwand der Bürgerin Maria Bodmaier. Die UWG-Sprecherin

hung vorsieht. Demnach soll die Ortsumgehung nicht durch das Laufinger Moos führen, sondern gleich nordöstlich von Wiesham Richtung Ebersberg ab-schwenken, um schließlich östlich von Kaps vorbei führend zwischen der Straßenmeisterei und der Landwirtschaftsschule durchlaufend die heutige B 304 zu kreuzen. Anfang 1985 zeichnete sich die Formierung einer Bürgerinitiative Laufinger Moos (ILM) ab. Der SPD-Ortsverein Ebersberg sprach sich nach einer über vierteljährlichen Diskussion in seinem Kommunalpolitischen Arbeitskreis im Januar für "eine erneute Diskussion aller vorliegenden Planungsalternativen" aus.



sprach sich gegen die Südumgehung aus und redete statt dessen einer Neukonzeption für den Nord-Süd-Verkehr das Wort. Der CSU-Bürgermeister definierte den innerhalb der UWG nicht ganz abgesprochenen Beitrag als "politisch unklug".

Weitere Vorschläge

Mittlerweile wurde auch ein Vorschlag von Dieter Berberich in die Diskussion gebracht, der eine verkürzte Südumge-

Initiative gegründet

Mitte Februar 85 gründete sich schließlich die Initiative Laufinger Moos. "Grobe Planungsdefizite bei der Südumgehung" seien der Anlaß für ihre alternativen Vorschläge, so deren Sprecher. Auch hätten sich der Stadtrat und Bürgermeister Vollhardt "nicht genügend sachkundig gemacht". Erste Priorität sei für die ILM die Realisierung der Tunnelösung.

weiter auf Seite 4

Die Wendelast der Rechtskoalition

Nach zwei Jahren Regierungsverantwortung hat die Wendekoalition der Bundesrepublik die bedrückendsten Negativ-Rekorde in ihrer Geschichte gebracht:

- Die höchste Arbeitslosigkeit: 2,7 Millionen Arbeitslose gegenüber 1,8 Millionen am Tag der Wende.
- Die höchste Zahl an Sozialhilfeempfängern: 2,4 Millionen Menschen sind zur Zeit auf Sozialhilfe angewiesen.
- Die höchste Lohnsteuerquote: 17,2 Prozent (1984) gegenüber 16,1 Prozent im Jahr 1982.
- Den höchsten Rentenversicherungsbeitrag: 19,2 Prozent ab 1. Juni 1985 statt 18 Prozent am 1. Oktober 1982.
- Den absoluten Rekord an Firmenzusammenbrüchen: 16 700 allein im Jahr 1984.

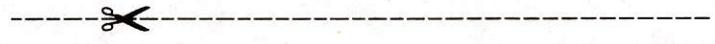
Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit sind seit der Wende kontinuierlich gesunken: 1983 um 0,9 Prozent, 1984 um 0,5 Prozent. Die Unternehmereinkommen haben in beiden Jahren - durch die Umverteilungspolitik der Regierung - sprunghaft zugenommen. Folge: Noch in keinem Zweijahreszeitraum seit 1949 hat sich die Kluft zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmereinkommen weiter aufgetan.

Trotzdem blieb die Investitionstätigkeit schwach. Das Versprechen der Regierung, höhere Gewinne führten automatisch zu verstärkten Investitionen und damit zu mehr Arbeitsplätzen, entpuppt sich immer mehr als reiner Wahlkampftrick.

Diese Wendelast haben Kohl, Genscher, Bangemann, Blüm und Stoltenberg zu verantworten. Denn sie bauen auf das Konzept der Untätigkeit und des Laufenlassens.

Wenn Du willst, daß die Massenarbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft, der Arbeitsprozeß menschlicher gestaltet und die Mitbestimmung ausgeweitet wird, dann ist das sozialdemokratische Projekt „Arbeit und Umwelt“ ein sinnvolles Konzept. Wir Sozialdemokraten brauchen Menschen, die nicht passiv hinnehmen wollen, wie die Konservativen Zukunftschancen vertun.

Wenn Du etwas tun willst - für eine solidarische Gesellschaft, dann: Tu was. Mit der SPD.



**An den SPD-Parteivorstand,
Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1**

Ich will in der SPD mitarbeiten und Mitglied der SPD werden.

(Datum) _____ (Unterschrift)

Zuname / Vorname

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Geburtsdatum

(Bitte in lesbarer Druckschrift ausfüllen)

Ich hätte gern Informationsmaterial der SPD zum Thema

- Nord-Süd-Politik**
- Friedens- und Sicherheitspolitik**
- Arbeit und Umwelt**
- _____

ABBAU
Die wichtigsten Sparmaßnahmen der Regierung Kohl im Bereich der Sozialen Sicherung

- Schwerbehinderte**: Einschränkungen der unentgeltlichen Beförderung und Kfz-Steuerbegünstigung
- Krankheit**: Erhöhung der Rezeptgebühr, Selbstbeteiligung an Kosten für Krankenhausaufenthalt und Kuren
- Renten**: Einschränkungen bei der Zuerkennung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente
- Sozialhilfe**: Stärkere Einbeziehung von Verwandten in die Unterhaltspflicht
- Arbeitslosengeld**: Kürzung bei Arbeitslosen nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung
- Sozialabgaben**: Einbeziehung von Kranken-, Verletzten- und Übergangsgeld in die Beitragspflicht
- Barlohn**: Einschränkung der Schülerförderung, Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen
- Renten**: Herabsetzung der Witwen- und Witwerabfindung bei Wiederheirat von fünf auf zwei Jahre
- Arbeitslosengeld**: Bei Arbeitslosen ohne Kinder Senkung von 68% auf 63% des früheren Nettoentgelts
- Sozialabgaben**: Stärkere Einbeziehung von Sonderzahlungen (z. B. Weihnachts- und Urlaubsgeld) in die Beitragspflicht
- Landwirte**: Kürzung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Altershilfe
- Wohngeld**: Einschränkungen
- Rente**: Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages
- Arbeitslosengeld**: Anhebung des Beitragssatzes
- Kindergeld**: Einkommensabhängige Reduzierung
- Mutterchartersurlaubsgeld**: Kürzung der Dauer von vier auf drei Monate, des Tagesgeldes von 25 auf 20 Mark; (vom 1. Jan. 1986 an Umwandlung in Erziehungs-geld für alle Mütter)

DER SPIEGEL, Nr. 9/1985

**Bei Tempo 30 kann ein Kind überleben!
ODER:
Ein Appell an die Autofahrer**

Die schwächsten Verkehrsteilnehmer müssen geschützt werden. Geschwindigkeitsbegrenzungen erweisen sich leider häufig nur als untaugliches Mittel gegen Raser auf unseren Straßen. Tempo 30 bedeutet jedoch nur einen

geringen Zeitverlust von einigen Sekunden. Das sollten unsere Kinder wert sein, oder? Und wer auf Straßen im Ort gar über 80 km/h fährt, kann zum potentiellen Mörder werden!



Auch wenn de Soziz bei der letzten Kommunalwahl de Schwarzen (CSU/UWG) vier Prozent vo de Stimmen abgenommen ham; es is halt doch viel beim Alten geblieben:

Sechs Soziz ham die ehrenvolle Aufgabe, 15 Schwarze auf de Finger zu schau'n (12-CSU-und 2 UWG-Räte plus 1. Bürgermoaster). A schwierige Aufgabe! Und de Bürger spekulieren scho wieder, wan der nächste UWG'ler zur CSU überläuft. Vielleicht da Stadtrat Gebried?

Aber es gibt ja noch a Menge anderer Probleme. Zum Beispiel hab i gehört, daß ein Ebersberger Fabrikant künftig keine Bürgermeister mehr als Mieter einquartiert. Des is ja a verständlich, weil ein Vermieter halt doch nicht immer "draufzahlen" kann. Sonst kommt's noch soweit, daß ma keinen Sponsor für's Eishockey mehr finden, nur weil so a Bürgermeister an Fabrikanten in Schwierigkeiten bringt - oder?

Da Grantlhuber grantelt

Zum Umweltexperten in da SPD hat sich da Geislinger Sepp entwickelt. Während er früher jeden Grünen fressen wollt, is er jetzt schon fast selber einer geworden. Ned nur bei der Gefahr des Giftes Lindan für unser Grundwasser hat er im Kreistag a sehr guate Anfrage gestellt, na, jetzt hat er dem Kreisparlament sogar noch an Vorschlag zu Ausbildung von Umweltschutzexperten in den Kommunen unterbreitet.

Aber der Sepp hat dem Grantlhuber versichert, daß er ned zu de Grünen geht. Respekt Sepp!

Neulich hat der SPD-Jungstadtrat Hans Mühlfenzl 40. Geburtstag gehabt. Dabei hat er einen Test für seine Genossen gemacht und sei Geheimnis für sich behalten. Aber seine Parteifreunde ham des Geheimnis bald gelüftet und den Hans (nicht zu verwechseln mit dem schwarzen Hans) beglückwünscht. Da Schurer Robert hat sogar gmoant, daß der Mühlfenzl Hans sich ganz guat gehalten hat. Und des soll nach einem Jahr Stadtrats-tätigkeit in unserem rußschwarzen Rathaus scho was heißen.

Apropo Rathaus. Da drin soll de Atmosphäre gewissen Schwankungen unterliegen. Manchmal soll's sogar sehr heiß hergehen, weil manche sich so heftig in da Verwaltung reiben, daß ma de Energie direkt zu Stromversorgung verwenden könnt. Intrigen soll's auch geben in dem Rathaus, hab i gehört. Und manche haben auch Schwierigkeiten mit dem aufrechten Gang da drinn. An was des aller-



dings liegt, derf i Euch nicht erzählen - wegen eventueller juristischer Folgen und so weiter (gar nicht heiter).

Wenn i wieder Neuigkeiten hab, liebe Leut, erzähl i wieder was Neues. Zum Beispiel ob bis zum Sommer de Gschäftsinteressen in da CSU sich durchgesetzt ham, zwengs der Bebauung Richtung Egglburger See usw.

Es gibt halt immer was zum meckern in derer kleinen Welt in Ebersberg. Servus beinander - im Juni meld ich mich wieder mit solche Gerüchte.

Anmerkung: Herr Grantlhuber hat der Redaktion der Ebersberger Umschau mitgeteilt, daß seine Ausführungen mit tatsächlichen Vorkommnissen nur rein zufällig übereinstimmen.

Er hat nichts behauptet, nur fantasiert!

Aus dem Kreis

SPD-Initiative

Für die Schwerpunktaufgaben des Kreistages wollte die SPD-Fraktion in der Legislaturperiode 1984 bis 1990 die Einführung von Fachreferenten anregen.

Doch schon in der ersten Phase der Beratung lehnte die CSU in einer Kreisausschußsitzung am 12. November des vorigen Jahres rigeros ab. Bereits vorher hatten die "Christsozialen" in einer internen Fraktionssitzung den sozialdemokratischen Vorschlag verworfen. Dem CSU-Kreisrat Hollerith wurde von der CSU-Riege aufgetragen, diese Absage schon vor der Beratung im Kreistag öffentlich in der Presse zu lancieren. Kein guter Stil!

Dabei wollte die SPD mit ihrer Initiative dazu beitragen, daß der Kreistag in seiner Arbeitsweise weniger ein Anhängsel der Landkreisverwaltung bleibt, sondern durch "ehrenamtliches Engagement den Kontakt und den Dialog zu den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises inten-

siviert", wie dies SPD-Kreisrat Peter Dinger so schön auf einen Nenner brachte.

Insgesamt fünf Fachreferenten in den Bereichen Umwelt, Krankenhaus, Sport und Kultur, Schulen und Radwege/Freizeit/Verkehrsplanung sollten nach Vorstellung der SPD dem Kreistag, seinen Ausschüssen und der Verwaltung "zur Seite stehen". Weniger Bürokratie und mehr aktive und kreative Gestaltung in der Kommunalpolitik sei das Ziel der SPD, so Fraktionssprecher Nikolaus Kufner bei der Erläuterung des Vorschlages. Doch da nach dem gültigen mathematischen Verteilungsschlüssel für die Besetzung von Ausschüssen und Gremien im Kreistag der SPD zwei von fünf Fachreferenten zugekommen wären, blockte die CSU sofort ab. Ihre Argumente waren ebenso einfallslos („wollen dem Landrat und den Ausschüssen keine Aufgaben wegnehmen“) wie durchsichtig. SPD-Fraktionsvorsitzender Nikolaus Kufner und Kreisrat Ewald Schurer waren sich einig: "Die hatten nur Angst, daß sich zwei Sozialdemokraten profilieren Könnten".

Impressum: Ebersberger Umschau, ViSdP: SPD-Ebersberg, Ewald Schurer, Richardisweg 1 1/2, Druck: Eigen-druck im Selbstverlag

